



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

12.01.2023
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Bedarfsgerechte Förderung von Erstausbildung**

Einzelplan 07 **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 10 Bezeichnung Allgemeine Bewilligungen Berufliche Bildung

Produktnummer 049 Bezeichnung Programme zur Erstausbildung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	18.887.400	11.000.000	29.887.400

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	13.836.500	16.000.000	29.836.500
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die Statistiken der Landesregierung geben keinen objektiven Überblick über die realen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Als versorgt gelten auch Jugendliche, die in qualifizierenden Maßnahmen untergekommen sind, eine weiterbildende Schule besuchen oder auf andere Weise in der so genannten Warteschleife hängen, tatsächlich aber einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen. Als unversorgt werden darüber hinaus all jene nicht gezählt, die sich nicht bei der Arbeitsagentur als ausbildungsplatzsuchend gemeldet haben. Diese Problemlage wird durch die Pandamiefolgen noch verschärft und muss von Seiten des Landes durch eine Aufstockung der Förderung begegnet werden.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske